



Gemeinsame Erklärung Energieintensive Industrien als Basis für Wertschöpfung und Wachstum in Deutschland

Die Teilnehmer des Wachstumsdialogs Energieintensive Industrien haben die folgende gemeinsame Erklärung verfasst:

Die Energiebeschlüsse dieses Frühsommers stellen Politik und Wirtschaft vor erhebliche Herausforderungen, bieten aber auch zahlreiche Chancen. Diese Chancen werden wir nur dann erfolgreich und ausreichend nutzen können, wenn es uns gelingt die industrielle Produktion in Deutschland zu halten. Eine wichtige Bedeutung kommt dabei den energieintensiven Industrien zu. Sie stehen am Anfang der Wertschöpfungsketten und liefern wertvolle Grund- und Werkstoffe für die weiterverarbeitenden Sektoren. Ohne Werkstoffe für Photovoltaik- und Windkraftanlagen, für den Bereich (Elektro-)Mobilität, für hocheffiziente Kraftwerke, für den Netzausbau sowie für den energiesparenden Gebäudebau wäre auch der Umbau der Energieversorgung nicht möglich. Für Wachstum und Wohlstand sind wir in Deutschland von der Funktionsfähigkeit der vollständigen Wertschöpfungsketten, an deren Anfang die energieintensiven Industrien stehen, daher auch in Zukunft abhängig.

Zum Erhalt dieser Wertschöpfungsketten bedarf es geeigneter Rahmenbedingungen in Deutschland, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Industrie kurz-, mittel- und langfristig sichern. Das gelingt nur, wenn die Grundlage des Umbaus des Energiesystems eine zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung in Deutschland bleibt.

Ein vergleichsweise hoher Anteil der Energie- und Stromkosten ist auf staatliche Abgaben und regulative Eingriffe, wie den Emissionshandel, zurückzuführen. Entlastungen für energieintensive Industrien sind daher erforderlich, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit dieser Industrien dauerhaft zu gewährleisten.

Die Teilnehmer begrüßen vor diesem Hintergrund die Anstrengungen der Bundesregierung, durch Beschränkungen dieser Belastungen die energieintensiven Industrien in Deutschland dauerhaft zu halten und den Kostenanstieg im Hinblick auf deren internationale Wettbewerbsfähigkeit zu begrenzen.

Gleichzeitig müssen auch die Belastungen für die anderen Stromkunden, die gegenwärtig einen Großteil der Kosten tragen, im Auge behalten werden. Es ist daher für alle Verbraucher wichtig, den Umbau der Energieversorgung so kosteneffizient wie möglich zu gestalten, da die Umlage der Kosten zulasten anderer an Grenzen stößt.

Zudem fordern die Teilnehmer des heutigen Wachstumsdialogs die EU Kommission nachdrücklich auf, Beihilfeleitlinien zu erlassen, die – entsprechend der Mitteilungen der Bundesregierung vom Mai 2011 – eine weitreichende Kompensation der emissionshandelsbedingten Strompreissteigerungen für die energieintensiven Industrien ermöglichen. Durch die Aufnahme von Benchmarks sollte das System Anreize zur Steigerung der Energieeffizienz enthalten. Auch die EU-Kommission muss anerkennen, dass man auf dem Weg der EU in eine „low carbon economy“ auf diese besonders betroffenen Industriezweige in Zukunft weiterhin angewiesen sein wird. Nach Erlass der Beihilfeleitlinien zur Strompreiskompensation sollte ab 2013 dieser Rahmen in Deutschland voll ausgeschöpft werden als Voraussetzung für künftige Investitionen und Wachstum der Unternehmen.

Energieeffizienz ist ein Schlüssel für erfolgreiche Energiepolitik, das gilt für das einzelne Unternehmen genauso wie für die Bundesregierung. Die energieintensiven Industrien haben wie die Energieversorger einen sehr hohen Grad an Energieeffizienz erreicht. Alle Teilnehmer sagen dennoch zu, ihre

Energieeffizienzpotenziale weiterhin ständig zu überprüfen und zu nutzen. Dies ergibt sich bereits aus dem eigenen Interesse, Kosten zu senken. Auch in Zukunft sollte die Optimierung der Energieeffizienz durch marktwirtschaftliche Anreize statt mittels staatlichem Zwang erreicht werden.

Die Teilnehmer sind überzeugt, dass es eines entschiedenen gemeinsamen Engagements und eines ständigen Dialogs bedarf, damit die Energieversorgung in Deutschland nicht nur einen Beitrag zur

Erreichung der Klimaziele erzielt, sondern auch weiterhin zuverlässig und bezahlbar bleiben kann. Nur so können Wertschöpfung, Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze in Deutschland gesichert werden.

Insbesondere regen die Teilnehmer die Fortsetzung des Dialogs zwischen Industrie und Bundeswirtschaftsministerium an.

Berlin, den 14.12.2011

Dr. Philipp Rösler, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie
Ulrich Grillo, Präsident Wirtschaftsvereinigung Metalle
Martin Kneer, Hauptgeschäftsführer Wirtschaftsvereinigung Metalle
Heinz-Peter Schlüter, Aufsichtsratsvorsitzender Trimet Aluminium AG
Carl van Dyken, Geschäftsführer Xstrata Zink GmbH
Hans Jürgen Kerkhoff, Präsident Wirtschaftsvereinigung Stahl
Dr. Heinrich Hiesinger, Vorstandsvorsitzender ThyssenKrupp AG
Moritz Weig, Präsident Verband Deutscher Papierfabriken e.V.
Klaus Windhagen, Hauptgeschäftsführer Verband Deutscher Papierfabriken e.V.
Dr. Johann Overath, Hauptgeschäftsführer Bundesverband Glasindustrie e.V.
Andreas Kern, Präsident Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden e.V.
Michael Basten, Hauptgeschäftsführer Bundesverband Baustoffe – Steine und Erden e.V.
Dr. Utz Tillmann, Hauptgeschäftsführer Verband der Chemischen Industrie e.V.
Dr. Michael Träger, Geschäftsführer VESTOLIT GmbH & Co. KG
Dr. Jörg Rothermel, Geschäftsführer Energieintensive Industrien in Deutschland
Dr. Annette Loske, Hauptgeschäftsführerin Verband der Industriellen Energie- und Kraftstoffwirtschaft e.V.
Dr. Thomas Lindner, Präsident Verband Deutscher Maschinen- und Anlagebau e.V.
Stefan Mettler, Präsident Bundesverband der Deutschen Gießerei-Industrie
Ewald Woste, Präsident Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.
Hildegard Müller, Hauptgeschäftsführerin Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.
Hans-Joachim Reck, Hauptgeschäftsführer Verband kommunaler Unternehmen e.V.
Dr. Christopher Grünewald, Ausschussvorsitzender Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.

